



# **Niederschrift**

## **Bildungsausschuss**

20. Wahlperiode – 43. Sitzung

am Donnerstag, dem 15. Mai 2025, 14 Uhr,  
in Sitzungszimmer 122 des Landtags

### **Anwesende Abgeordnete**

Martin Habersaat (SPD), Vorsitzender

Martin Balasus (CDU)

Hauke Hansen (CDU), in Vertretung von Patrick Pender (CDU)

Peer Knöfler (CDU)

Anette Röttger (CDU)

Wiebke Zweig (CDU)

Malte Krüger (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Uta Röpcke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Birgit Herdejürgen (SPD)

Anne Riecke (FDP)

Jette Waldinger-Thiering (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>		<b>Seite</b>
<b>1.</b>	<b>Vorstellung der neuen Bildungsministerin Dr. Dorit Stenke</b>	<b>5</b>
<b>2.</b>	<b>a) Bericht der Landesregierung über die Hintergründe des neuen Finanzierungsmodells und die Auswirkungen auf die Christian-Albrechts-Universität zu Kiel und die gesamte Hochschullandschaft</b>	<b>6</b>
	Berichts Antrag des Abgeordneten Christopher Vogt (FDP) Umdruck 20/4746	
	<b>b) Bericht der Landesregierung über die finanzielle Situation und Perspektive der Universitäten in Schleswig-Holstein</b>	<b>6</b>
	Berichts Antrag der Abgeordneten Birgit Herdejürgen (SPD) Umdruck 20/4753	
	Präsentation des Bildungsministeriums Umdruck 20/4830	
<b>3.</b>	<b>a) Werkstatttage landesweit zur Verbesserung der Berufsorientierung nutzen</b>	<b>8</b>
	Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 20/2143	
	<b>b) Evaluation der Berufsfelderprobung in Schleswig-Holstein und Landeskonzept Berufliche Orientierung an den weiterführenden Schulen in Schleswig-Holstein 2025</b>	<b>8</b>
	Vorlage des Bildungsministeriums Umdruck 20/4603	
<b>4.</b>	<b>Grenzüberschreitende Berufsausbildung verbessern und attraktiver gestalten</b>	<b>9</b>
	Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 20/2308	
	Änderungsantrag der Fraktion der FDP Drucksache 20/2364	
	<b>Berufsorientierung grenzüberschreitend denken und attraktiv gestalten</b>	<b>9</b>
	Antrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Umdruck 20/3711	
<b>5.</b>	<b>Auf das Mathematik-Debakel 2024 reagieren</b>	<b>10</b>
	Antrag der Fraktionen von FDP, SPD und SSW Drucksache 20/2578	

	<b>Masterplan Mathematik der Landesregierung konsequent fortsetzen und weiterentwickeln</b>	<b>10</b>
	Alternativantrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 20/2615	
	interfraktioneller Antrag Umdruck 20/4567	
<b>6.</b>	<b>Information/Kennntnisnahme</b>	<b>11</b>
<b>7.</b>	<b>Verschiedenes</b>	<b>12</b>
<b>8.</b>	<b>Anhörung</b>	<b>13</b>
	<b>Finanzielle Bildung für bessere Chancen</b>	<b>13</b>
	Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 20/2669	
	Änderungsantrag der Fraktion der SPD Drucksache 20/2689	
	<b>Vielschichtige Finanzbildung ist bereits heute fester Bestandteil von Schulen</b>	<b>13</b>
	Alternativantrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 20/2696	

Der Vorsitzende, Abgeordneter Habersaat, eröffnet die Sitzung um 14:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung mit der Änderung gebilligt, dass Tagesordnungspunkt 4 abgesetzt wird.

**1. Vorstellung der neuen Bildungsministerin Dr. Dorit Stenke**

hierzu: [Umdrucke 20/4771](#), [20/4797](#)

Ministerin Dr. Stenke stellt sich und ihre Schwerpunktaufgaben kurz vor und betont die Bedeutung von Zuhören und Dialog.

**2. a) Bericht der Landesregierung über die Hintergründe des neuen Finanzierungsmodells und die Auswirkungen auf die Christian-Albrechts-Universität zu Kiel und die gesamte Hochschullandschaft**

Berichts Antrag des Abgeordneten Christopher Vogt (FDP)  
[Umdruck 20/4746](#)

**b) Bericht der Landesregierung über die finanzielle Situation und Perspektive der Universitäten in Schleswig-Holstein**

Berichts Antrag der Abgeordneten Birgit Herdejürgen (SPD)  
[Umdruck 20/4753](#)

Präsentation des Bildungsministeriums  
[Umdruck 20/4830](#)

Ministerin Dr. Stenke teilt mit, dass man sich mit den Hochschulen für die Ziel- und Leistungsvereinbarungen für die Jahre von 2026 bis 2029 auf ein neues Verfahren verständigt habe. Dabei habe man sich auf die Empfehlungen des Wissenschaftsrats bezogen, dessen Gutachten man noch auswerte. Das neue Finanzierungsmodell sei vom Gemeinnützigen Centrum für Hochschulentwicklung (CHE) entwickelt worden. Die genauen Auswirkungen dieses statistischen Modells auf die einzelnen Hochschulstandorte habe man nicht vollständig antizipieren können.

Sodann stellt Wissenschaftsstaatssekretär Wendt das neue Finanzierungsmodell vor ([Umdruck 20/4830](#)).

Abgeordneter Balasus lobt das neue Modell, das nachvollziehbar sei, für die Hochschulen Planungssicherheit für vier Jahre schaffe und dessen finanzielle Verschiebungen insgesamt marginal und zumutbar seien.

Abgeordnete Waldinger-Thiering setzt sich dafür ein, dass das Lehramtsstudium in Dänisch und Friesisch nicht geschwächt werde.

Ministerin Dr. Stenke stellt klar, dass das Studium in den Minderheitensprachen, die einen besonderen Schutzstatus besäßen und ein Alleinstellungsmerkmal des Landes seien, nicht eingeschränkt werde. Auf Fragen der Abgeordneten Herdejürgen antwortet sie, auch bei den ZSL-Mitteln werde es eine Dynamisierung geben. Das vom CHE entwickelte Modell werde

bisher in keinem anderen Bundesland angewendet. Die Empfehlungen des Wissenschaftsrats fließen in die Zielvereinbarungen mit den Hochschulen ein.

Staatssekretär Wendt führt aus, nicht finanzwirksame Empfehlungen des Wissenschaftsrats würden in den einzelnen Zielvereinbarungen berücksichtigt, finanzwirksame Empfehlungen wolle man, sobald das Land wieder finanziellen Handlungsspielraum habe, über ergänzende Einzelzielvereinbarungen sukzessive umsetzen. Auch er weist darauf hin, dass sich Ministerium und Hochschulen auf das neue Finanzierungssystem verständigt hätten. Zur Finanzierung von Schwerpunkten (zum Beispiel Lehrkräftebildung) müsse man individuelle Lösungen außerhalb des Statistikmodells finden. Zum Umgang mit Rücklagen mache das Ministerium den Hochschulen keine Vorgaben. Auf eine Frage des Vorsitzenden erwidert er, die Länge der neuen Ziel- und Leistungsvereinbarungsperiode habe man mit dem Finanzministerium und der Staatskanzlei verhandelt, und es sei ein Erfolg, dass der neue Vertrag mit den Hochschulen vier Jahre gelte.

Eine weitere Frage des Vorsitzenden beantwortet Frau Dr. Heinemann, Leiterin der Hochschulabteilung im Wissenschaftsministeriums, dahin, man habe die einzelnen Fragen mit den Hochschulen und dem CHE intensiv diskutiert. Dass es einen Korrekturfaktor für Lehramtsstudierende gebe, liege daran, dass sie zwei Fächer studierten. Für die Statistik sei entscheidend, mit welchem Fach sich die Lehramtsstudierenden zuerst einschrieben. – Ministerin Dr. Stenke kündigt an, Umsetzung und Wirkung des neuen Modells nach vier Jahren zu evaluieren.

Der Bildungsausschuss nimmt den Bericht [Umdruck 20/4830](#) zur Kenntnis.

**3. a) Werkstatttage landesweit zur Verbesserung der Berufsorientierung nutzen**

Antrag der Fraktion der FDP  
[Drucksache 20/2143](#)

(überwiesen am 20. Juni 2024)

hierzu: Umdrucke [20/3466](#), [20/3486](#), [20/3560](#), [20/3685](#), [20/3695](#),  
[20/3699](#), [20/3723](#), [20/3724](#), [20/3725](#), [20/3726](#),  
[20/3935](#)

**b) Evaluation der Berufsfelderprobung in Schleswig-Holstein und  
Landeskonzept Berufliche Orientierung an den weiterführenden  
Schulen in Schleswig-Holstein 2025**

Vorlage des Bildungsministeriums  
[Umdruck 20/4603](#)

Fragen des Vorsitzenden beantwortet Ministerin Dr. Stenke dahin, die Stellenzuweisung für Berufsfelderprobung und Werkstattunterricht richte sich nach den Bedarfen und den Gewerken vor Ort. Probleme bei der Schülerbeförderung müssten insbesondere mit den Schulträgern geklärt werden.

Auf Vorschlag der Abgeordneten Riecke will der Bildungsausschuss im Herbst 2025 ein Fachgespräch führen. Die Fraktionen werden gebeten, sich am Rande des Mai-Plenums auf den Kreis der Einzuladenden zu verständigen.

**4. Grenzüberschreitende Berufsausbildung verbessern und attraktiver gestalten**

Antrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 20/2308](#)

Änderungsantrag der Fraktion der FDP

[Drucksache 20/2364](#)

(überwiesen am 17. Juli 2024 an den **Bildungsausschuss** und den Europaausschuss)

**Berufsorientierung grenzüberschreitend denken und attraktiv gestalten**

Antrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

[Umdruck 20/3711](#)

hierzu: Umdrucke [20/3711](#), [20/4272](#), [20/4443](#), [20/4461](#), [20/4477](#),  
[20/4503](#), [20/4525](#)

Dieser Punkt wird auf die Juli-Sitzung vertagt.

**5. Auf das Mathematik-Debakel 2024 reagieren**

Antrag der Fraktionen von FDP, SPD und SSW  
[Drucksache 20/2578](#)

**Masterplan Mathematik der Landesregierung konsequent fortsetzen und weiterentwickeln**

Alternativantrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
[Drucksache 20/2615](#)

interfraktioneller Antrag  
[Umdruck 20/4567](#)

Mit den Stimmen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von SPD, FDP und SSW empfiehlt der Bildungsausschuss dem Landtag, den Oppositionsantrag [Drucksache 20/2578](#) abzulehnen. Einstimmig empfiehlt er, den interfraktionellen Antrag [Umdruck 20/4567](#) anzunehmen und den Koalitionsantrag [Drucksache 20/2615](#) für erledigt zu erklären.

## **6. Information/Kenntnisnahme**

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

## **7. Verschiedenes**

a) Zum Thema Musikschulfördergesetz fragt der Vorsitzende das Bildungsministerium, wie damit umgegangen werde, wenn Schulen vorzeitige Vertragsbrüche begingen und Rechnungen der Musikschule für geleistete Stunden unbezahlt ließen ([Umdruck 20/4756](#)).

b) Der Vorsitzende erkundigt sich nach dem angekündigten Zwischenbericht über den dualen Masterstudiengang Sonderpädagogik. – Das Bildungsministerium schickt dem Ausschuss nach der Sitzung den entsprechenden Link.

### **c) Nächste Sitzungen 2025:**

- Plenarmittwoch, 21. Mai, 13:30 Uhr: Beratung und Beschlussfassung über den interfraktionellen Gesetzentwurf zur Änderung des Hochschulzulassungsgesetzes, Drucksache 20/3216
- 12. Juni: 14 Uhr Beratungssitzung, 15:30 bis 17:30 Uhr Fachgespräch mit dem Sozialausschuss zum Thema Gesundheit im Schulalltag
- 10. Juli: 14 Uhr Beratungssitzung,  
18 bis 20:30 Uhr Dialog zur Internationalisierung der Lehrkräftebildung mit dem DAAD im Leibniz-Informationszentrum in Kiel

## 8. Anhörung

### Finanzielle Bildung für bessere Chancen

Antrag der Fraktion der FDP

[Drucksache 20/2669](#)

Änderungsantrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 20/2689](#)

### Vielschichtige Finanzbildung ist bereits heute fester Bestandteil von Schulen

Alternativantrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

[Drucksache 20/2696](#)

hierzu: Umdrucke [20/4192](#), [20/4304](#), [20/4305](#), [20/4326](#), [20/4329](#),  
[20/4335](#), [20/4336](#), [20/4341](#), [20/4343](#), [20/4344](#),  
[20/4347](#), [20/4351](#), [20/4352](#), [20/4357](#), [20/4366](#),  
[20/4373](#), [20/4393](#), [20/4426](#), [20/4580](#), [20/4727](#),  
[20/4821](#)

### Finanztip Schule – Die Bildungsinitiative der Finanztip Stiftung

Dr. Sarah Kiesel-Reiter, *Leiterin Finanzbildung*

(per Video)

Frau Dr. Kiesel-Reiter betont das Ziel, die finanzielle Bildung insbesondere junger Menschen in Deutschland zu stärken und zu fördern. Denn Finanzentscheidungen (Vermögensaufbau, Altersvorsorge, Überschuldung) beeinflussten wesentlich das Wohlergehen der Menschen und seien stark vom Elternhaus geprägt. Schule könne alle jungen Menschen unabhängig von ihrem sozioökonomischen Hintergrund erreichen und einen wesentlichen Beitrag leisten, die soziale Spaltung aufzubrechen und für mehr Chancengerechtigkeit zu sorgen. Deshalb seien alle Bestrebungen zu unterstützen, die finanzielle Bildung in der Schule zu stärken. Dazu sollten die folgenden Themen angegangen werden.

In den Fachanforderungen sollten die Themen Geldanlage und Altersvorsorge aus Verbrauchersicht explizit aufgegriffen werden. Neben der Vermittlung von Finanzwissen sollte auf verhaltensökonomische Aspekte und nichtkognitive Faktoren eingegangen werden (Einstellun-

gen, Selbstvertrauen, Erfahrungen, soziales Umfeld, soziale Medien, Influencer). Entscheidend bleibe, die Medienkompetenz weiter auszubauen und mit der Wirtschafts- und Finanzbildung zu verzahnen, um junge Menschen zu kritischen Bürgerinnen und Bürgern, Verbraucherinnen und Verbrauchern zu erziehen. Voraussetzung dafür sei, das Stundenkontingent für finanzielle Bildung deutlich aufzustocken und ihre Bedeutung im schulischen Kontext zu erhöhen. Und finanzielle Bildung müsse unabhängig von wirtschaftlichen Interessen und frei von Beeinflussung und Werbung (durch Finanzdienstleister) vermittelt werden.

### **Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein**

Katrin Rieger, *Referatsleiterin Verbraucherbildung*

[Umdruck 20/4336](#)

Auch Frau Rieger, die ihre Stellungnahme Umdruck 20/4336 vorträgt, weist auf die Bedeutung finanzieller Bildung für das Leben jedes Menschen hin. Daher sollten im Schulunterricht grundlegende und lebenspraktische Aspekte des alltäglichen Handelns und der Lebensführung in geldlichen Angelegenheiten verbindlich behandelt werden (Versicherungen, Altersvorsorge). Die Konsumententscheidungen junger Menschen insbesondere in den Bereichen Medien, Freizeit/Unterhaltung, Mode/Lifestyle und Ernährung/Gesundheit würden auch durch Faktoren wie Nachhaltigkeit, Politik, Medien und individuelle finanzielle Situation beeinflusst. Daher gehöre Finanzbildung in das wichtige Fach Verbraucherbildung. Es gehe darum, Jugendliche zu befähigen, „gesund“ mit ihrem Geld umzugehen und ihre Konsumententscheidungen auf die finanziellen, individuellen und gesellschaftlichen Auswirkungen hin zu beleuchten. Deshalb solle Verbraucherbildung einen Schwerpunkt auf Finanzkompetenz legen und in den Jahrgängen 8, 9 und 10 aller Schularten verpflichtend unterrichtet werden. Auch sie legt Wert darauf, dass der Lernort Schule frei von Werbung oder sonstigen unternehmerischen Beeinflussungen bleibe.

### **Bündnis Ökonomische Bildung Deutschland**

Verena von Hugo, *Vorstandsvorsitzende*

[Umdruck 20/4347](#)

Frau von Hugo hebt in ihrer Stellungnahme, Umdruck 20/4347, ebenfalls die Bedeutung ökonomischer Bildung hervor, die zu einer modernen Allgemeinbildung gehöre und Voraussetzung sei, das Wirtschaftssystem, die soziale Marktwirtschaft und letztlich die Demokratie zu

verstehen und mitzugestalten. Wenngleich Schleswig-Holstein mit den Fächern Wirtschaft/Politik und Wirtschaftslehre vergleichsweise gut dastehe, sollten diese Fächer in der Sekundarstufe I überall drei Jahre lang zweistündig unterrichtet werden. Außerdem sollten das Schulfach Wirtschaftslehre in der Sekundarstufe I studiert werden können, der Lehrplan für das Wahlpflichtfach aktualisiert werden, die einheitlichen Abituranforderungen in Wirtschaft umgesetzt werden, die Lehrkräftefortbildung zur ökonomischen Bildung deutlich ausgebaut werden und Schleswig-Holstein am financial literacy PISA-Test im Jahr 2029 teilnehmen.

### **FiscalFuture**

Carolina Ortega Guttack, *Ökonomin und Leiterin der Bildungsarbeit*

(per Video)

[Umdruck 20/4393](#)

Auch Frau Ortega Guttack begrüßt in ihrer Stellungnahme, Umdruck 20/4393, dass in der Schule finanzielle Bildung verstärkt werden solle, zu der auch Wirtschafts- und Finanzpolitik gehöre, die als zentrales Politikfeld über maßgebliche Zukunftsfragen entscheide. Durch geeignete Zugänge und Formate müsse erreicht werden, dass junge Menschen ein Verständnis für ökonomische Zusammenhänge entwickelten und sich in die demokratische Gesellschaft einbringen könnten, anstatt sich aufgrund ökonomischer Unsicherheiten oder Ängste von ihr abzuwenden. Umso wichtiger sei es, dass auch Deutschland endlich eine Finanzbildungsstrategie umsetze.

Auf Fragen aus dem Ausschuss antwortet Frau Dr. Kiesel-Reiter, finanzielle Bildung umfasse alles, was es brauche, um fundierte Finanzentscheidungen treffen zu können (Wissen, Einstellungen, Selbstvertrauen, soziales Umfeld). Vor dem Hintergrund, dass Frauen durchschnittlich weniger Finanzwissen oder Aktien besäßen, seien Lehrkräfte gefordert, sich der Stärkung des Selbstwertgefühls und den sozialen Hintergründen von Mädchen besonders zu widmen. Finanzielle Bildung sollte in Schulen nicht in erster Linie von Finanzdienstleistern vermittelt werden, sondern von qualifizierten Lehrkräften und unabhängigen Einrichtungen.

Auch Frau Rieger leitet aus den Unterschieden zwischen den Geschlechtern die Forderung ab, in der Schule Mädchen und in der Gesellschaft Frauen (durch aufsuchende Arbeit) besonders zu stärken. Der Materialkompass der Verbraucherzentrale garantiere eine unabhängige Qualitätsprüfung von Unterrichtsmaterialien zu den Themen der Verbraucherbildung. Die Nut-

zung des Sparkassen-SchulService erfordere kritisch begleitende, gut ausgebildete Lehrkräfte. Das Studium in Verbraucherbildung sollte gestärkt werden. Haftpflichtversicherung, erste eigene Wohnung oder soziale Absicherung seien Themen, die junge Menschen interessierten.

Frau von Hugo bedauert noch einmal, dass es für das an Gemeinschaftsschulen unterrichtete Fach Wirtschaftslehre in Schleswig-Holstein keinen eigenen Studiengang gebe und in Schleswig-Holstein die einheitlichen KMK-Prüfungsanforderungen in WiPo für den Teil Wirtschaft nicht umgesetzt würden. Da Interesse an und Kompetenz in Finanzfragen bei Jugendlichen je nach Geschlecht, Schulstandort, sozialem Kontext oder anderen Faktoren unterschiedlich ausgeprägt seien, brauche es gut ausgebildete, erfahrene, sensible Lehrkräfte, die Fachwissen, Kompetenzen, Persönlichkeits- und Wertebildung stärken könnten. Das betreffe die eigene Absicherung, Vorsorge und Vermögensaufbau ebenso wie Kenntnisse der staatlichen, (Sozial-)Versicherungs- und Rentensysteme.

Frau Ortega Guttack bestätigt, dass junge Frauen schwerer für Wirtschafts- und Finanzpolitik zu begeistern seien. Daher sollte man insbesondere Schülerinnen in der Schule einen Raum geben, in dem aktuelle ökonomische und finanzpolitische Debatten diskutiert werden könnten, und sich im Unterricht regelmäßig mit aktuellen wirtschafts- und finanzpolitischen Entwicklungen befassen.

### **Landesjugendring**

Dr. Jochen Wilms, *Vorsitzender*

Jan Magnus Kramp, *Geschäftsführer*

[Umdruck 20/4343](#)

Herr Dr. Wilms trägt seine Stellungnahme, Umdruck 20/4343, vor. Digitale Entwicklungen erhöhten die Notwendigkeit, das Wissen in finanziellen Angelegenheiten und die Eigenverantwortung zu stärken. Schule sei dafür ein zentraler Ort, aber nicht der einzige. Die erforderlichen Kompetenzen und Sensibilität würden jungen Menschen auch außerhalb der Schule (zum Beispiel bei einer Wochenendfreizeit oder einem Sommerferiencamp) vermittelt, und auch die Fortbildung von Erwachsenen sollte in den Blick genommen werden, denen ja eine Vorbildfunktion zukomme. Die praxisnahe und realitätsbezogene Integration von Finanzbildung in bestehende Schulfächer (zum Beispiel Verbraucherkunde) sollte behutsam und unabhängig erfolgen, um Schülerinnen, Schüler und Lehrkräfte nicht durch zusätzliche oder gar

geschäftsgeladene Inhalte zu belasten. Ein von Banken angebotenes Börsenplanspiel zum Beispiel erfordere eine Qualitätskontrolle, kritische Begleitung und Reflexion und natürlich gut ausgebildete Lehrkräfte.

### **Landesschülervertretung der berufsbildenden Schulen**

Süeda-Nur Okurlar, stellvertretende Landesschülersprecherin der berufsbildenden Schulen

[Umdruck 20/4727](#)

Frau Okurlar trägt die Stellungnahme der Landesschülervertretungen vor ([Umdrucke 20/4344](#), [20/4366](#), [20/4727](#)). Finanzbildung gehöre verbindlich in den Stundenplan. Alle Schülerinnen und Schüler bräuchten regelmäßigen und praxisnahen Unterricht zu Themen wie Steuern, Versicherungen, Miete, Krediten, Anlagemöglichkeiten oder private Altersvorsorge, am besten mit modernen Methoden, Planspielen, Fallstudien, Gruppenprojekten, angeleitet von externen Praktikern, und das möglichst unabhängig. Finanzbildung und ein gesunder Umgang mit Geld dürften nicht vom Elternhaus, YouTube-Videos oder Webseiten von Banken, Versicherungen oder Influencern abhängen, sondern sollten durch qualifizierte Lehrkräfte und zeitgemäßes Unterrichtsmaterial beigebracht werden. Die Landesschülervertretungen setzten sich dafür ein, dass alle Schülerinnen und Schüler die Werkzeuge erhielten, um finanziell eigenständig und selbstbestimmt durchs Leben zu gehen.

### **Landeselternbeirat Gymnasien**

Claudia Pick, *Vorsitzende*

[Umdruck 20/4821](#)

Frau Pick trägt die Stellungnahme der Landeselternvertretungen vor ([Umdruck 20/4821](#)). Finanzielle Bildung müsse von ausreichend vorhandenen und gut aus- und regelmäßig fortgebildeten Lehrkräften in ausreichendem Stundenumfang an allen Schulen frühzeitig, altersgerecht und praxisnah tatsächlich unterrichtet werden, um Chancengerechtigkeit und Zukunftsfähigkeit jedes einzelnen jungen Menschen zu gewährleisten. Entscheidend sei, dass das Land den Lehrkräftemangel und Unterrichtsausfall endlich in den Griff bekomme. Sie appelliert an die Politik, nicht bei der Bildung zu sparen; auch das habe etwas mit finanzieller Bildung zu tun.

## **Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)**

Kerstin Quellmann, *Co-Landesvorsitzende*

[Umdruck 20/4329](#)

Frau Quellmann macht in ihrer Stellungnahme, [Umdruck 20/4329](#), darauf aufmerksam, welche vielfältige und herausfordernde Aufgaben Schulen aktuell zu stemmen hätten (Förderung basaler Kompetenzen, der emotional-sozialen Entwicklung, unterschiedlicher Begabungen, Schüler-Feedback, Digitalisierung und KI, Jugendgewalt, Konzeptentwicklungen wie Absentismuskonzept, Präventionskonzept, Schutzkonzept, Konzept zur Berufsorientierung und Aktualisierung der Fachcurricula), und das trotz steigender Schülerzahlen mit weniger Lehrkräften in immer kürzerer Zeit. Wenn die Politik darüber hinaus einen Fokus auf finanzieller Bildung wünsche, müsse sie die Frage beantworten, welche Inhalte (oder Fächer) stattdessen nicht mehr unterrichtet werden sollten. Sie gibt zu bedenken, dass ein Fokus auf finanzieller Bildung verpuffe, wenn Schülerinnen und Schüler die Mindeststandards in Deutsch und Mathe nicht erreichten und nicht sinnentnehmend lesen könnten. Wie die Elternvertretungen setzt sich auch die GEW für mehr Ressourcen im Bildungssystem ein.

## **Schulleitungsverband Schleswig-Holstein**

Bärbel Blieske, *Vorsitzende*

Sabine Timmermann, *Vorsitzende*

[Umdruck 20/4326](#)

Frau Blieske trägt die Stellungnahme des Schulleitungsverbands, [Umdruck 20/4326](#), vor. Auch der Schulleitungsverband unterstütze das Anliegen, dass alle Schülerinnen und Schüler eine bessere finanzielle Bildung erhielten. Dafür brauche es entsprechende Fortbildungen, zeitgemäßes Unterrichtsmaterial, die angemessene Einbindung externer Akteure (insbesondere im Ganztags) und einen notwendigen Praxisbezug, aber kein weiteres Fach und keine Erweiterung der Fachcurricula. Lesen, schreiben und rechnen können sei die essenzielle Voraussetzung für alle weiteren Kompetenzen.

Auch Frau Timmermann beklagt, immer mehr on top zu packen, schafften die Schulen nicht mehr. Sie weist auf die Chancen hin, die mit dem schulischen Ganztags verbunden seien: mehr Zeit für gute Bildung, mehr Zeit für gute Schule und mehr Zeit für die Schülerinnen und Schüler.

Auf Fragen aus dem Ausschuss antwortet Herr Dr. Wilms, die bei jungen Menschen anzutreffende Auffassung, reich sein mache glücklich und Geld „löse“ die Probleme der Welt, die durch das Internet häufig genährt werde, zeuge von einer „ungesunden“ Psyche. Darauf zu reagieren, sei in erster Linie Aufgabe der Medienkompetenzbildung. Gute Schule könne wesentliche Beiträge leisten, um mit den aktuellen Herausforderungen umzugehen, außerschulische Angebote könnten eine sinnvolle Ergänzung sein, wirkten aber in der Regel nicht in der Breite. Das Thema finanzielle Bildung spiele in der Jugendarbeit eine untergeordnete Rolle.

Frau Okurlar hält es für unbedingt notwendig, dass Schülerinnen und Schüler in der Schule praktische Inhalte lernten, die für ihr (späteres) Leben wichtig seien (zum Beispiel Verstehen eines Vertragstextes, nachhaltiger Umgang mit Geld). Es sei eine größere Belastung für junge Menschen, wenn sie ihr Leben lang unter falschen finanziellen Entscheidungen leiden müssten, die sie aus Unwissenheit getroffen hätten, als in der Schulzeit zusätzlichen Stoff eventuell sogar in einem zusätzlichen Fach zu lernen.

Auch Frau Pick betont die Bedeutung der Medienbildung, um zu lernen, mit den vielfältigen Versuchungen und Gefahren in den digitalen Medien umzugehen. Es sei wichtig, dabei die Eltern mit ins Boot zu holen.

Frau Quellmann macht darauf aufmerksam, wie schwierig es oft sei, gerade die Eltern zu erreichen, dessen Kinder besondere Unterstützung bräuchten. Zudem erschwerten die zunehmende Bedeutung digitaler Medien und insbesondere Social Media die Arbeit der Lehrkräfte, die Kinder und Jugendliche mitunter nicht mehr gut erreichen könnten. Umso wichtiger sei es, in Schulen mehr Zeit zu haben, über den Unterricht hinaus (Ganztag, gemeinsame Sozialräume, Schulsozialarbeit und anderes), und Schulen zeitgemäß auszustatten (Smartboard statt Kreidetafel) und zu einem lebenswerten, wertschätzenden Sozial- und Lernraum für alle weiterzuentwickeln.

Frau Blieske hebt noch einmal hervor, wie wichtig es sei, ausreichend Zeit zu haben, um die vielfältigen Aufgaben angehen zu können, und wirbt für die Umsetzung eines ausreichend finanzierten schulischen Ganztags. Die Bedingungen des PerspektivSchulprogramms sollten für alle Schulen gelten.

Abschließend wünscht sich Frau Timmermann mehr Unterstützung für die Lehrkräfte, zum Beispiel durch den Ausbau der Schulsozialarbeit, die – frei von Benotungen – oftmals leichter einen Zugang zu Kindern und Familien herstellen könne.

Der Vorsitzende, Abgeordneter Habersaat, schließt die Sitzung um 17:40 Uhr.

gez. Martin Habersaat  
Vorsitzender

gez. Ole Schmidt  
Geschäfts- und Protokollführer